AMNESTY INTERNATIONAL

Themenkoordinationsgruppe gegen die Folter

Jahresbericht Indien

2018

In Indien sind Folter und Misshandlung im Polizeigewahrsam weit verbreitet. Dennoch wird Folter nicht ausdrücklich als Straftat anerkannt. Indien hat die UN-Konvention gegen die Folter unterzeichnet, die indische Regierung hat sie aber noch nicht ratifiziert. Die *Law Commission of India* empfahl der Regierung im Oktober 2017, die UN-Konvention zu ratifizieren und Gesetze zu erlassen, die Folter unter Strafe stellen.

Zwischen Januar und August 2017 wurden in Indien 894 Todesfälle in Hafteinrichtungen und 74 Todesfälle in Polizeigewahrsam gemeldet. Manjula Shetye, eine weibliche Gefangene, die sich über das Essen in einem Gefängnis in Mumbai beschwert hatte, starb im Juli 2017, nachdem sie von Gefängnisbeamten geschlagen und sexuell missbraucht worden war. Ein Team von Parlamentariern stellte bei einem Besuch des Gefängnisses, in dem sie festgehalten worden war, fest, dass Gefangene dort routinemäßig geschlagen wurden. Im November 2017 wurden in einem Gefängnis in Delhi 18 Gefangene geschlagen, die sich gegen das Entfernen ihrer Kopfkissenbezüge gewehrt hatten; dies berichtete ein Untersuchungsausschuss, der vom Obersten Gerichtshof in Delhi eingesetzt worden war.

Zu den Todesopfern in Polizeigewahrsam gehört der Vater einer jungen Frau in Unnao (Bundesstaat Uttar Pradesh), die im Juni 2017 Strafanzeige gegen einen Parlamentsabgeordneten der Regierungspartei BJP und seinen Bruder erstattet hatte. Nachdem sie sich geweigert hatte, die Anzeige zurückzuziehen, wurde ihr Vater am 3. April 2018 von der Polizei verhaftet. Er starb am 9. April. Die Polizei weigerte sich, die Umstände seines Todes zu untersuchen.

Im Mai 2018 wurden in Thoothukudi (Bundesstaat Tamil Nadu) nach Medienberichten elf Demonstranten von der Polizei getötet und mehr als 20 verwundet. Die Demonstration richtete sich gegen den geplanten Ausbau einer Kupfermine, die nach Untersuchungen indischer Forschungsinstitute und Umweltbehörden Luftverschmutzung und die Kontamination von Erde und Grundwasser verursacht. Nach Aussage der Polizei warfen die Demonstranten Steine und steckten Autos in Brand. Dies rechtfertigt jedoch nicht den tödlichen Einsatz von Schusswaffen durch die Polizei.

Am 28. August verhaftete die Polizei des Bundesstaates Maharashtra mehrere Menschenrechts-Aktivisten, darunter Arun Ferreira. Die Polizei warf ihnen vor, Dalits (d.h. Kastenlose) zu einer Demonstration angestachelt zu haben, bei der es zu Gewalttaten kam. Arun Ferreira wurde nach Aussage seines Rechtsanwalts von der Polizei während der Festnahme wiederholt ins Gesicht geschlagen. Er wurde bald darauf in ein örtliches Krankenhaus eingeliefert, seine Verletzungen wurden im medizinischen Bericht festgehalten. Der Bericht wurde einem Gericht in Pune vorgelegt.